DEUTSCHE KRANKENHAUS GESELLSCHAFT

Deutsche Krankenhaus Gesellschaft, 24.06.2008

Statement von Dr. Rudolf Kösters, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG)

Wenn sich die Krankenhausträger – also die Arbeitgeberseite – und die Mitarbeiter und ihre Verbände zu einer Kampagne zusammenschließen, meine Damen und Herren, dann muss die Not groß sein, und das ist sie auch. Wir sind gemeinsam in großer Sorge um die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit unserer 2.100 Krankenhäuser, um die größer werdenden Belastungen unserer 1 Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem sind wir in Sorge um das Wohl der sich uns anvertrauenden 17 Millionen Patienten.

Vielen Krankenhäusern geht es so schlecht wie noch nie. Alle Krankenhäuser leiden unter der massiven Unterfinanzierung der vergangenen Jahre. Die Kürzungen durch die Politik und die gesetzlich verordneten Vergütungsbegrenzungen auf die seit Jahren unter 1 Prozent liegende Grundlohnrate, haben die Krankenhäuser ausgezehrt. Die massiven Kostensteigerungen, die Mehrwertsteuererhöhung, der gewaltige Anstieg der Energie- und Lebensmittelkosten, die schon 2007 zu verkraftenden Tarifabschlüsse im ärztlichen Bereich und der Tarifabschluss für das laufende und das nächste Jahr führen zu einem Auseinanderklaffen von Kosten und Erlösen, aus denen sich die Krankenhäuser alleine nicht mehr heraushelfen können.

Die nächste Stufe führt in die Rationierung der Versorgung, die schon heute deutlich spürbar ist. In den letzten zehn Jahren wurden mehr als 100.000 Arbeitsplätze im Krankenhaus abgebaut, insbesondere in der Pflege. Die jährlich 17 Millionen Patienten merken dies längst am Krankenbett. Weitere Stellenkürzungen gehen zwangsläufig zu Lasten der Zuwendung und der Versorgungsqualität.

Um den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen, die Finanzmisere der Kliniken zu lösen, haben sich die maßgeblichen Verbände und Institutionen des Gesundheitswesens zu einem Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ zusammen gefunden. Wir sind fest entschlossen, die Diskussion in einer breit angelegten gemeinsamen Kampagne auf die Straße zu tragen. Der heutige Tag markiert den Beginn der Informationskampagne. Höhepunkt der gemeinsamen Aktionen wird eine Großdemonstration sein, die am 25. September 2008 vor dem Brandenburger Tor in Berlin stattfinden soll.

Die drastischen Kürzungen der vergangenen Jahre sowie die massiv gestiegenen Kosten belasten die Krankenhäuser für die Jahre 2008/2009 mit ca. 8 Milliarden Euro. Dem stehen erkennbare Vergütungserhöhungen von lediglich 1,3 Milliarden Euro gegenüber.

Zentrales Problem der Finanznot, unter der die Kliniken leiden, ist die gesetzliche Kappung der Vergütungen. So dürfen die Krankenhäuser in diesem Jahr die Vergütungen um maximal 0,64 Prozent erhöhen. Gleichzeitig wird jede Rechnung nach der Gesundheitsreform 2006 um 0,5 Prozent Sanierungsabgabe für die Krankenkassen gekürzt. Bei einem Preiserhöhungsspielraum von fast Null bringen die explodierenden Sach- und Tarifkostensteigerungen das Fass endgültig zum Überlaufen.

DEUTSCHE KRANKENHAUS GESELLSCHAFT

In dieser Situation entsteht ein Rationalisierungsdruck, der angesichts des hohen Personalkostenanteils von über 60 Prozent zu weiterem massiven Arbeitsplatzabbau und Belastungen des verbleibenden Personals führen muss.

Nach jahrelanger Deckelung der Kankenhausbudgets sind Wirtschaftlichkeitsreserven längst ausgeschöpft. Auch die Bundesregierung erkennt nunmehr an, dass der Personalabbau im Pflegebereich zu Unterversorgung und Belastung der Patienten führt. Inzwischen sehen alle Fraktionen im Bundestag und auch die meisten Bundesländer dringenden gesetzlichen Handlungsbedarf.

Ohne gesetzliche Korrekturen droht den Krankenhäusern eine Finanzierungskatastrophe, die auf Umfang und Qualität der Krankenhausversorgung durchschlägt.

Die Krankenhäuser brauchen allein zur Refinanzierung der unabänderlichen Personalkostensteigerungen ca. 3,1 Milliarden die in den für das nächste Jahr geplanten Fonds zusätzlich eingestellt werden müssen. Das entspricht einem Beitragssatzanteil von 0,3 Prozent. Diesen haben die Krankenhäuser alleine in 2007 durch die niedrige Ausgabensteigerungsrate erbracht. Ohne die Kürzungen wären die Krankenhäuser besser in der Lage, die Kostensteigerungen aufzufangen und sich selbst zu helfen. Sie sind nun auf die Hilfe des Gesetzgebers angewiesen.

Wir fordern die Koalitionspartner in der Bundesregierung nachdrücklich auf, endlich die angekündigten gesetzlichen Verbesserungen für die Krankenhäuser in die Tat umzusetzen. Die finanzielle Notlage der Kliniken muss durch konsequentes Handeln des Gesetzgebers endlich beendet und nicht bloß länger öffentlich diskutiert werden.

Wir alle, die Krankenhausträger gemeinsam mit den Millionen Mitarbeitern, die im Gesundheitswesen eine besondere Verantwortung für die hohe medizinische Qualität der Patientenversorgung tragen, erklären mit Nachdruck: Das Maß ist voll! Wir gehen auf die Straße! Wir protestieren für die Sache der Patienten und gegen eine Gesundheitspolitik, die unser Gesundheitswesen zweitklassig machen wird. Das darf nicht sein! Das werden wir nicht widerspruchslos hinnehmen! Wir versprechen keine ruhige Sommerpause und einen heißen Herbst!